



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerns Landwirtschaftsministerin begrüßt die Aufhebung der Stoffstrombilanz-Verordnung – „Weg mit überflüssiger Bürokratie“

24. Juni 2025

(24. Juni 2025) München – Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber begrüßt die Aufhebung der Stoffstrombilanz-Verordnung als einen wichtigen Schritt zum Bürokratieabbau. Bayern hatte sich seit mehreren Jahren vehement für diese Entscheidung eingesetzt. „Weg mit dieser überflüssigen Bürokratie. Ich bin Bundesminister Rainer dankbar für das konsequente Handeln.“

Kaniber weiter: „Mit der Aufhebung der Stoffstrombilanz-Verordnung entfallen die damit verbundenen Verpflichtungen, insbesondere die Regelungen zur Erstellung der betrieblichen Stoffstrombilanzen. Dies ist ein bedeutender Fortschritt für unsere Landwirte.“

Die Stoffstrombilanz war ein Bürokratiemonster. Sie zwang landwirtschaftliche Betriebe, zusätzlich zur ohnehin strengen Düngeverordnung, detaillierte Berechnungen aller Nährstoffflüsse aufwendig zu dokumentieren. „Auch Bundesminister Rainer hat die Stoffstrombilanz als ein Symbol für die ausufernde Kontrollkultur der vergangenen Jahre erkannt. Das freut mich für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Wir sind uns einig, dass statt Misstrauen wieder Vertrauen in die Fachkompetenz der Landwirte treten muss“, sagte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Und weiter: „Unsere Landwirte brauchen Luft zum Atmen. Wer jeden Liter Gülle durch eine Excel-Tabelle jagen muss, verliert die Kraft für das Wesentliche. Unsere Landwirte wollen gute Lebensmittel erzeugen. Und sie schützen dabei auch unsere Umwelt.“

Kaniber bezeichnete Bedenken wegen der Rücknahme der Dokumentationspflicht als unbegründet. Es gelte weiter die strenge Düngeverordnung. Diese bleibt unverändert und legt fest, welche Mengen, zu welchen Zeiten und unter welchen Bedingungen Düngemittel ausgebracht werden dürfen.

Im nächsten Schritt ist es nun wichtig, die Vorgaben zur Stoffstrombilanz im Düngegesetz zu streichen. Auch dafür setzt sich Bayern bereits seit mehreren Jahren ein.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

